

Ortsbürgermeister	Herr Hermann Spieß, Hochstätten Herr Erhard Lauff, Niederhausen Herr Günther Deiler, Beigeordneter der Ortsgemeinde Duchroth Herr Ingolf Betz, Beigeordneter der Stadt Bad Münster am Stein-Ebernburg
Sonstige Anwesende: - Vertreter der Verwaltung	Frau Christine Sutter, zugl. Schriftführerin Herr Peter Butzbach und Herr Norbert Welschbach
- Vertreter der Presse	Frau Beate Vogt-Gladigau, Allgemeine Zeitung Herr Josef Nürnberg, Öffentlicher Anzeiger
- Bürgerinnen und Bürger	Herr Dieter Weiß

Die Beigeordneten, Mitglieder des Verbandsgemeinderates und die Ortsbürgermeister waren mit Einladung vom 12.07.2010 auf Mittwoch, 21. Juli 2010. 19.30 Uhr in den Sitzungssaal der Verbandsgemeindeverwaltung form- und fristgerecht einberufen.

Ort, Zeit und Tagesordnung der Sitzung waren im Mitteilungsblatt Nr. 28 vom 14.07.2010 der Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg und in den Tageszeitungen veröffentlicht.

II. Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

	Tagesordnung
TOP	- öffentliche Sitzung -
01	Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse 2009, 2010 und 2011
02	Beratung und Beschlussfassung über die Annahme von Spenden und den Abschluss eines Sponsoringvertrages
03	Information zur Entscheidung des Ministerrats im Hinblick auf die geplante Kommunal- und Verwaltungsreform
04	Mitteilungen
05	Anfragen

Zur Tagesordnung:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Rat beschlussfähig versammelt ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt er die Änderung der Tagesordnung wie folgt:

Ergänzung um einen nichtöffentlichen Teil

1. Vertragsangelegenheiten
2. Auftragsvergaben
3. Mitteilungen
4. Anfragen

Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt, so dass die neue Tagesordnung wie folgt lautet:

I. öffentliche Sitzung

- 01 Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse 2009, 2010 und 2011
- 02 Beratung und Beschlussfassung über die Annahme von Spenden und den Abschluss eines Sponsoringvertrages
- 03 Information zur Entscheidung des Ministerrats im Hinblick auf die geplante Kommunal- und Verwaltungsreform
- 04 Mitteilungen
- 05 Anfragen

II. nichtöffentliche Sitzung

- 01 Vertragsangelegenheiten
02. Auftragsvergaben
- 03 Mitteilungen
- 04 Anfragen

Zu TOP I/2 wird die Tischvorlage verteilt ebenso wie zu den Tagesordnungspunkten im nichtöffentlichen Teil (II/1 a und b und II/2).

Noch vor der Beratung der einzelnen Tagesordnungspunkten stellt der Vorsitzende seine persönliche Meinung zum Thema Gebietsreform wie folgt dar:

Seiner Meinung nach sind nicht immer größere Verwaltungseinheiten auch die Besseren und Effektiveren.

Bisher wurde die Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg mit allen dazugehörenden Gemeinden und der Stadt Bad Münster am Stein-Ebernburg als gewachsene Einheit von all ihren Bürgerinnen und Bürgern verstanden, die zudem effektiv und wirtschaftlich ist. Aber der „Lauf der Zeit“ verlangt eine „Umorientierung zu wirtschaftlicheren Einheiten“. Die rheinlandpfälzische Landesregierung hat nunmehr einen Zug „Kommunal- und Gebietsreform“ angestoßen, der nicht mehr aufzuhalten sein wird.

In vielen Bundesländern wurden in den vergangenen Jahren kommunale Gebietsreformen praktiziert und es kam im Interesse des Ganzen zu durchaus schmerzhaften Veränderungen. Vor 40 Jahren wurden die Verbandsgemeinden gegründet. Vielen ist es sicherlich sehr schwer gefallen, zu einem neuen Kreis, einer neuen Gebietskörperschaft zu gehören. Und dennoch sagen wir heute, es waren gute Entscheidungen, wir sind zusammen gewachsen – wir gehören zusammen!

Er weist darauf hin, dass Menschen keine Veränderungen wollen. Nach einer vom Bundesfinanzministerium in Auftrag gegebenen Studie zur Agenda 2010 sollten Forscher herausfinden, unter welchen Bedingungen Menschen Reformen annehmen. Kernerkenntnis: Die Menschen wollen keine Veränderung. Sie messen dem „Ist-Zustand“ immer mehr eine größere positivere Bedeutung zu als er es verdient hätte, sogar dann noch, wenn man die Sache positiv darstellt und wenn sich die Betroffenen besser stellen. Der Mensch hat nach diesen Bewertungen ein Reformstau-Gen, das es zu überwinden gilt.

Reformen haben nur dann gute Chancen sich durchzusetzen und zu wirken, wenn die Verantwortlichen keine Zweifel zulassen, die Sache ernst zu meinen und auch durchhalten.

Territoriale Abgrenzungen sind kein Selbstzweck, sondern haben funktionale Aufgaben. Im Zeichen der Finanz- und Wirtschaftskrise ist ein nachhaltiger Bürokratieabbau notwendiger denn je, dürfen Potenziale zur Standortoptimierung nirgends ignoriert werden.

Alle politischen Möglichkeiten müssen jetzt genutzt werden, um administrative sowie bürokratische Belastungen zurückzufahren und neue Belastungen zu vermeiden. In diesem Zuge müssen auch mehr Kooperationen für ein kostengünstigeres Wirtschaften unserer Kommunen genutzt werden.

Der Bürgermeister lädt Alle ein, sich an diesem Reformprozess zu beteiligen, damit unsere Gemeinden eine gute und erfolgreiche Zukunft sich haben.

I. Öffentliche Sitzung

<u>TOP 01:</u>	Bestellung eines Wirtschaftsprüfers für die Jahresabschlüsse 2009, 2010 und 2011
-----------------------	--

Sachdarstellung

Gemäß § 89 Abs. 1 GemO unterliegen Eigenbetriebe einer jährlichen Pflichtprüfung.

Der Auftrag zur Prüfung des Jahresabschlusses für den Eigenbetrieb ist ab 2009 neu zu vergeben.

Nach den geltenden Bestimmungen ist der Auftrag für die Prüfung der kommunalen Einrichtungen auf mind. 3 und höchstens 6 Jahre zu vergeben.

Ohne Aussprache beschließt der Verbandsgemeinderat einstimmig, wie auch von Werkleitung und Werksausschuss empfohlen, die bisherigen Wirtschaftsprüfer, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRT Bauer Reiniger Traut GmbH, Dr.-Karl-Aschoff-Straße 9 in 55545 Bad Kreuznach, mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 bis 2011 zu beauftragen.

<u>TOP 02:</u>	Beratung und Beschlussfassung über die Annahme von Spenden und den Abschluss eines Sponsoringvertrages
-----------------------	--

Sachdarstellung

Der Verbandsgemeinde wurden folgende Spenden angeboten:

für die Renovierungsmaßnahme im Jugendtreff:

Stiftung der Voba Kaiserslautern-Nordwestpfalz	2.000,00 €
Stiftung der Jugend Sparkasse Rhein-Nahe	5.000,00 €
Pfalzwerke AG	700,00 €

für Wein im Park:

Helmtrud Reinhardt-Kaiser, Bäderweg 9, Bad Münster a. St.-Ebg.	1.000,00 €
Trauth & Jacobs, Freinsheimer Str. 69a, Kallstadt	400,00 €
Büroführer GmbH, Industriestr. 3, Bad Kreuznach	150,00 €
Markus Eisenlöffel, Pfalzstr. 28, Bad Münster a. St.-Ebg.	150,00 €
Elektrobau Michael Seidel, Rotenfelser Str. 1a, BME	200,00 €
Fa. Wöbau GmbH & Co. KG, Ober-Saulheimer Str. 24, Wörrstadt	300,00 €
Fa. Oliver Bellmann, Hauptstr. 90, Roxheim	300,00 €
IBU Dipl. Ing. R. Lenhard, Ringstr. 97, Bad Kreuznach	150,00 €
Dr. Reiniger & Partner, Rheinsberger Str. 4, Bad Kreuznach	200,00 €
Volksbank Rhein-Nahe-Hunsrück	500,00 €
Fa. Schuster, Hallgarten	100,00 €

für die Stadtranderholung:

Food-TEX GmbH & Co.KG, Danziger Str. 13, Weilerbach	1.750,00 €
---	------------

Folgende Sponsoringzuwendungen hat die RWE AG der Verbandsgemeinde angeboten:

für die Neuanschaffung von Feuerwehrbekleidung	360,00 €
für Wein im Park	2.500,00 €

Die Verbandsgemeinde verpflichtet sich hierbei, die RWE AG als Sponsor zu nennen.

Gemäß § 94 Abs. 3 GemO entscheidet der Verbandsgemeinderat über die Annahme von Spenden und Sponsoring.

Einstimmig beschließt der Verbandsgemeinderat der Annahme der oben genannten Spenden zuzustimmen und darüber hinaus der Sponsoringzuwendung ebenfalls zuzustimmen.

TOP 03:	Information zur Entscheidung des Ministerrats im Hinblick auf die geplante Kommunal- und Verwaltungsreform
----------------	--

Der Vorsitzende geht nochmals auf seine vor Eintritt in die Tagesordnung geäußerte persönliche Meinung zum Thema Verwaltungs- und Gebietsreform ein. Darüber hinaus informiert er wie folgt:

Der Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz hat erste Eckpunkte für eine Kommunal- und Verwaltungsreform am 26.02.2009 dem Innenausschuss vorgestellt.

Hierbei ging es im Schwerpunkt um die Optimierung der Struktur der verbandsfreien Gemeinden und Verbandsgemeinden. Ziel ist insbesondere eine Stärkung der Leistungsfähigkeit, der Wettbewerbsfähigkeit und der Verwaltungskraft.

Eckpunkte sehen vor, dass Verbandsgemeinden zukünftig grundsätzlich 12.000 Einwohner haben müssen, um auch künftig über eine ausreichende Leistungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Verwaltungskraft für eine fachlich und wirtschaftlich optimale und gleichwohl bürgernahe Aufgabenwahrnehmung zu verfügen.

Darüber hinaus wurde eine Auflistung der Verbandsgemeinden erstellt, für das Land einen vordringlichen Handlungsbedarf sieht. Die Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg ist auf Grund der Schuldensituation der Stadt Bad Münster am Stein-Ebernburg ebenfalls genannt.

In einer Freiwilligkeitsphase bis Mitte 2012 können Verbandsgemeinden durch übereinstimmende Beschlüsse ihrer kommunalen Vertretungen ihren Willen bekunden, sich mit einem Partner zusammenzuschließen.

Der Verbandsgemeinderat Bad Münster am Stein-Ebernburg hat unmittelbar nach seiner konstituierenden Sitzung in seiner Sitzung am 17.11.2009 beschlossen, eine Arbeitsgruppe „Gebietsreform“ zu bilden. Diese Arbeitsgruppe setzt sich wie folgt zusammen:

1. Bürgermeister Ludwig Wilhelm
2. 1. Beigeordneter Bernd Rudershausen
3. Beigeordneter Manfred Porr

4. Beigeordneter Reiner Schlich
5. Fraktionsvorsitzender CDU-Fraktion Markus Schmitt
6. Fraktionsvorsitzender SPD-Fraktion Heinz Jürgen Kiefer
7. Fraktionsvorsitzende FDP-Fraktion Nicole Morsblech
8. Stadtbürgermeisterin Anna Roeren-Bergs (ab 16.12.2010)
9. Frau Sutter
10. Herr Butzbach
11. Herr Welschbach

Diese Arbeitsgruppe wurde zur ersten Sitzung am 03.12.2009 einberufen. Am 16.12.2009 fand eine weitere Sitzung statt.

Im Rahmen dieser ersten Besprechung wurde deutlich, dass eine Datensammlung von für die Entscheidung wichtigen Daten und Modellrechnungen notwendig wäre, um weitere Überlegungen anzustellen und Strukturveränderungen anzustoßen.

Nach Rücksprache mit Herrn Schröder, Kommunalabteilung des Ministeriums des Innern, besteht die Möglichkeit, ein diesbezügliches Gutachten auf Kosten des Landes Rheinland-Pfalz erstellen zu lassen.

Die Arbeitsgruppe hat am 16.12.2009 einen Untersuchungsbereich definiert, dieser wurde am 18.12.2009 direkt Herrn Schröder mitgeteilt und um Beauftragung des Gutachtens gebeten.

Am 08.03.2010 wurden sowohl Stadt- und Ortsbürgermeister als auch die Mitglieder des Arbeitskreises „Gebietsreform“ über die Ergebnisse der begleitenden Gesetzesfolgeabschätzung zu den Entwürfen des Ersten und Zweiten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform sowie über die Entwürfe des Ersten und Zweiten Landesgesetzes zur Kommunal- und Verwaltungsreform informiert. Weiterhin wurde das Gutachten zur ersten und zweiten Stufe der Bürgerbeteiligung dem gleichen Adressatenkreis zur Verfügung gestellt.

In mehreren Schreiben seitens der Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Ebernburg und der beiden Städte Bad Münster am Stein-Ebernburg und Bad Kreuznach wurde beim Innenministerium anfragt, ob und wenn ja, mit welchen finanziellen Förderungen die betroffenen Gebietskörperschaften rechnen dürfen.

Mit Schreiben vom 11. Mai 2010 teilt das Innenministerium mit, dass unter Berücksichtigung der von der Landesregierung angestrebten gesetzlichen Regelungen eine vertiefende wissenschaftliche

Untersuchung, die konkrete Maßnahmenvorschläge aufzeigen und bewerten soll, durchgeführt werden soll.

Hier sollen u.a. die Verbandsgemeinden Bad Münster am Stein-Ebernburg, Bad Kreuznach, Meisenheim und Rüdesheim untersucht werden. Die Kosten der wissenschaftlichen Untersuchung trägt das Land.

Der Inhalt des Untersuchungsauftrags wurde am 20. Mai 2010 den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Verwaltungs- und Gebietsreform“ sowie der Stadtbürgermeisterin und den Ortsbürgermeistern vorlegt und um Änderungsvorschläge – sofern vorhanden - gebeten.

Die Begutachtung wurde mittlerweile an Prof. Junkernheinrich in Auftrag gegeben. Erste Ergebnisse sind Ende 2010 zu erwarten.

Der Ministerrat hat nunmehr in seiner Sitzung am 06.07.2010 über finanzielle Hilfen des Landes bei einem Zusammenschluss der Städte Bad Münster am Stein-Ebernburg und Bad Kreuznach wie folgt entschieden:

- zur Tilgung vorhandener Kredite zur Liquiditätssicherung der Stadt Bad Münster am Stein-Ebernburg in Höhe von bis zu 30 Mio EUR in jährlichen Teilbeträgen über einen Zeitraum von 5 Jahren,
- zur Übernahme der jährlichen Zinsbelastungen aus vorhandenen Krediten zur Liquiditätssicherung der Stadt Bad Münster am Stein-Ebernburg über einen Zeitraum von 5 Jahren

Voraussetzung für die Auszahlung ist, dass die Stadträte der beiden Städte BME und KH konkrete Beschlüsse über einen freiwilligen Zusammenschluss der beiden Kommunen gefasst haben.

Der Empfänger der Mittel muss im Gegenzug hierzu soweit als möglich Konsolidierungsmaßnahmen durchführen.

Voraussetzung für die Gewährung der Zuwendung ist

- jeweils ein Bericht über Art und Umfang der Konsolidierungsmaßnahmen, die im kommenden Jahr ergriffen werden sollen, sowie
- ab dem 2. Jahr ein Bericht über Art und Umfang der im abgelaufenen Jahr realisierten Konsolidierungsmaßnahmen

Der Ministerrat hat der kurzfristigen Erstellung eines Entwicklungsplans, der vorhandene Potentiale zur Optimierung der Wirtschaftlichkeit und für Einsparungen sowie Möglichkeiten einer nachhaltigen strukturellen Entwicklung im Hinblick auf Bad Münster am Stein-Ebernburg und Bad Kreuznach aufzeigen soll, zugestimmt.

Das Land wird die Erstellung eines Entwicklungsplans in Auftrag geben und die Kosten übernehmen. Das Ergebnis dieses Gutachtens ist u.a. auch wichtig für Fragen der Konsolidierung.

Auf Basis des Entwicklungsplans und auf der Grundlage des Masterplans Gesundheitspark Salinental in Verbindung mit einer touristischen Gesamtstrategie wird auch über eine finanzielle Förderung konkreter notwendiger und sinnvoller strukturverbessernder Maßnahmen in Bad Münster am Stein-Eberburg und Bad Kreuznach sachgerecht entschieden.

Darüber hinaus liegen den Ratsmitgliedern folgende Schreiben und Presseerklärungen vor:

1. Schreiben des Innenministeriums vom 11.05.2010
2. Untersuchungsumfang Verbandsgemeinde Bad Münster am Stein-Eberburg
3. Presseerklärung des Innenministerium vom 06.07.2010
4. Schreiben des Innenministeriums vom 08.07.2010

Im anschließenden Meinungsaustausch werden die konträren Ansichten und Meinungen, historische Erfahrungen und persönliche Erklärungen erläutert. Es wurde mehrmals betont, dass mit einer möglichen Fusion der beiden Städte Bad Münster am Stein-Eberburg und Bad Kreuznach auch ein Entwicklungskonzept erstellt werden soll, welches die Entwicklung der gesamten Region untersuchen soll. Dies hätte letzten Endes positive Auswirkungen auf die gesamte Region.

TOP 04:	Mitteilungen
----------------	--------------

1. Wein im Park findet am 4. Wochenende im Juli statt, somit in der Zeit vom 23. – 25. Juli 2010. Alle Mandatsträger sind hierzu ganz herzlich zu einem kommunalpolitischen Frühschoppen am Sonntag um 11.00 Uhr eingeladen.
2. Anbindung des Naheradweges
Mit Schreiben vom 9.4.2010 wurde beim LBM in Bad Kreuznach angefragt, ob eine Kostenbeteiligung an der Beschilderung eines Radweges über vorhandene Wirtschaftswege zwischen Norheim über Traisen durch das Mühlental und dann entlang der L 236 nach Rüdesheim möglich wäre.
Mit Schreiben vom 20.4.2010 teilte der LBM Bad Kreuznach zunächst mit, dass eine Kostenbeteiligung nicht möglich sei.
Mit Schreiben vom 8.6.2010 hat der LBM dies revidiert und sowohl für den Weg durchs Mühlental und die weitere Ausschilderung des Radweges von Traisen nach Rüdesheim die Übernahme der Kosten erklärt.